

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Postzahlung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mk., durch die Post monatlich  
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.  
einschl. Postgebühren. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
ausländ. Zeitungsgeschäfts- und  
Gabel-Zeitungen eingetroffen. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Genehmigung der „Gabel-Zeitungen“ ge-  
stattet. Ferner: der „Gabel-Zeitungen“  
Nr. 1140, der „Anzeiger“ Nr. 1103  
u. 1133, der „Zeitung“ Nr. 1133.

# Zeitung

Sechshundertfünfundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-  
metertabelle oder deren Raum 60 Pf.,  
Sammleranzeigen 40 Pf., Reklamen  
die 92 mm breite Millimetertabelle  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle, u. sämtliche  
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort:  
Halle. Erscheint täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Gesamte Auflage von Haupt-  
geschäftsstellen: Halle, Dresden,  
Dromedare 1a, St. Pauli, Hamburg, 17,  
Leben-Geschäftsstellen: Große  
Wiesstraße 52 und Markt 21,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 75.

Nr. 390.

Halle, Montag, den 22. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Deutschland soll die Schulden der polnischen Industrie bezahlen.

„Es gärt und brodet, und ein wirres Durcheinander ist im ganzen polnischen Staat“, so kennzeichnet kürzlich der „Dziennik Poganiski“ die innere Lage der polnischen Republik. Das Polener Komitee zur nationalen Verteidigung, das im Vorjahre anlässlich der bolschewistischen Invasion gegründet wurde, wandte sich in einem Aufruf gegen die zunehmende kommunistische Bewegung. In dieser Rundschreibung heißt es: „Die Gefahr steht vor der Tür. Wenn wir nicht selbst die Augen öffnen, wird sie uns der Feind öffnen. Schon sind im patriotischen Polen kommunistische Nester entstanden. Selbst auch die Geister der fremden Leute an, die Unruhen und Wirren organisieren! Ihre nichtsmwürdige Arbeit bedroht die Existenz Polens und trachtet nach seinem Untergang.“ Daß die Sowjets Polen von innen zu untergraben versuchen, hat Sinajew in einer Sitzung des Völkervereinigungsausschusses der dritten Internationalen offen zugegeben. Gleichgültig war er aber auch darauf hin, daß die kommunistische Agitation durch den Mangel an geeigneten einheimischen Kräften in Polen gescheitert würde. Die tiefste Ursache für die Ausbreitung des Bolschewismus im freistaat Polen liegt eben nicht in Moskau, sondern in den völlig zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnissen der Republik. Regierung und Sejm wiegen sich allerdings in einem unbegreiflichen Optimismus. Wer jedoch in wirtschaftlichen Fragen Bescheid weiß, schaut mit Schrecken in die Zukunft und bangt um den Bestand des Staates. Zu welchen Extramaßnahmen aber die Notwendigkeit führt, bemerkt eine Aktion der polnischen Finanzwelt, gegen die Deutschland mit aller Entschiedenheit und ohne Verzug Stellung nehmen muß.

Der Vorstand der polnischen Industrieellen hat nämlich an den Minister für Handel und Industrie sowie an den Finanzminister eine Denkschrift gerichtet, die der Regierung zu bedenken gibt, daß die englischen, französischen und belgischen Gläubiger die Rückzahlung der Kredite fordern; andernfalls drohen sie gerichtlich vorzugehen. Die Denkschrift fordert die polnische Regierung auf, bei den Entente-Staaten dahin zu wirken, daß Deutschland so schnell wie möglich eine Entschädigung für die Zeit der Dekupation zahlt, die es der polnischen Industrie erdulden muß, ihren ausländischen Verpflichtungen nachzukommen.

Daß der Krieg dem polnischen Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen hat, wird niemand ernstlich zu bestreiten wagen. Der Ruin der polnischen Industrie ist aber auf andere Ursachen zurückzuführen. Wie der Warschauer Karob in Nr. 196 vom 24. Juli d. J. ausführt, belasten vor allem die Schulden der Vorkriegszeit die polnischen Banken, Kaufleute und Industriellen. Diese Kredite wurden in ausländischen Wäluen aufgenommen. Infolge des katastrophalen Sturzes der polnischen Mark erreichen sie heute die schwindelige Höhe von über 40 Milliarden Mark. Demgegenüber besitzen sich alle Kapitalien sämtlicher Aktiengesellschaften, die Ende 1920 bestanden, auf nur 9,5 Milliarden Mark. Wenn darum die polnische Industrie die geschuldete Summe reiflos bezahlen müßte, würde dies ihren völligen Bankrott bedeuten. Unter diesen Umständen kann sie auch nicht daran denken, neue Kredite im Ausland aufzunehmen, die für den Fortgang und die Erweiterung der Produktion unbedingt nötig sind. Daß tatsächlich der Tiefstand der polnischen Valuta, nicht aber die deutsche Invasion in erster Linie für den Ruin der polnischen Industrie verantwortlich macht, erhellt man auch aus einer Broschüre des Herrn Veres, eines in Polen tiefgenannten Wirtschaftspolitikers; danach betrug die ins Ausland geschuldete Summe der polnischen Banken, industriellen und kommerziellen Unternehmungen im Mai d. J. 20 Milliarden Mark, während sie inzwischen infolge der Entwertung der polnischen Mark auf das Doppelte gestiegen ist, obwohl der Betrag in ausländischer Valuta derselbe blieb.

Dazu kommt noch das Mißverhältnis, das zwischen Ein- und Ausfuhr in Polen besteht. Wie der in Warschau erscheinende „Przeglad Gospodarczy“ in Heft 14 feststellt, betrug der Gesamtwert der polnischen Ausfuhr zu Anfang dieses Jahres kaum neun Prozent der Einfuhr. Zutreffend bemerkt angesichts dieser Tatsache das amtliche Organ, daß man sich denn nicht über den unaussprechlich niedrigen Wechselkurs der polnischen Mark zu wundern brauche. In der ungeheuren Verhinderung der polnischen Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland ist die tiefste Ursache für den Zusammenbruch der polnischen Industrie einerseits und die beständig wachsende Teuerung andererseits zu suchen. Hier liegt auch die Wurzel der unaufrichtigen Gehalts- und Lohnforderungen, der damit verbundenen Streiks sowie der herrschenden Inflation, die der breitesten Volkschichten. Polnische Unfähigkeit und nationalstolze Verblendung befehligen nur den wirtschaftlichen Niedergang und bereiten der bolschewistischen Agitation das Feld. — Es entspricht aber durchaus der

polnischen Denkungsart, Deutschland für dieses Unglück haftbar zu machen und die Schulden der polnischen Industrie vom getriebenen und ausgefogenen deutschen Volke bezahlen zu lassen. Wir danken verbindlich.

## Doppelte Buchführung in der Diplomatie?

Der Direktor des Münchener südlichen Archivs Dr. Dirx, Vorsitzender der deutsch-dänischen Fraktion des bayerischen Landtages, hat vor einiger Zeit dem vom bayerischen Landtag eingesetzten Ausschuß für die Prüfung bayerischer Dokumente über den Westrieg und die deutsche Außenpolitik Bericht erstattet, doch konnte dieser Bericht und die ihm beigelegten Urkunden bisher nicht veröffentlicht werden. Kürzlich hatte nun das inzwischen verbotene Parteiblatt der U. S. P. die Münchener Morgenpost, behauptet, daß im diplomatischen Schriftverkehr in Deutschland eine Art von doppelte Buchführung üblich gewesen sei, nämlich neben dem allgemeinen Schriftverkehr an das zuständige Ministerium der Reichsregierung eine besondere geheime Berichtserstattung nur für den verantwortlichen Minister selbst, und daß gewisse Widersprüche in dem betreffenden Bericht des Herrn v. Spon an das Münchener Außenministerium aus Unkenntnis dieser Gegebenheiten herrührte. Daher forderte er, daß die Außenpolitik an einer Stelle die Rede sei von der „Kollisionsierung des territorialen Streitigkeiten“, und an einer anderen Stelle von einer „Unterstützung jedes österreichischen Vorgehens selbst auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin“. Die „Kollisionsierung“ des Konfliktes sei eine für die Öffentlichkeit sehr wichtige Angelegenheit und der ins Auge gefaßte europäische Krieg die für Herrn v. Hertling bestimmte private Information des preußisch-deutschen Generalstabes.

Abg. Dirx hält Eile für geboten, wenn nicht das Ausland aus diesen Behauptungen des U. S. P.-Blattes nachteilige Schlüsse für Deutschland ziehen sollte, und gibt deshalb auf Erklären der Münchener Nachrichten in deren Sonnabend-Nummer eine Darstellung, wobei er zutrifft, bisher nicht veröffentlichte Urkunden beibringt.

Dr. Dirx erklärt: Gemäß hätten auch die bayerischen Gesandten in ihren regelmäßigen amtlichen Berichten an den Reichstag andere politische Beziehungen von Rang herangezogen werden können. Dieser Brauch, der sich bei den Gesandtschaften aller Staaten findet, werde aber wirksamer mißbraucht, wenn man die Dinge so hinstellt, als ob bei uns die „private Berichtserstattung“ allein befragt werden würde, die Wahrheit ist, während die gesandtschaftlichen Berichte dazu eingerichtet gewesen seien, gegebenenfalls die Öffentlichkeit mit Lügen zu täuschen.

Als Berichtserstatter des Landtagsausschusses, der die „privaten“ Berichte einsehen konnte, kann ich, so erklärt Dirx, mit gutem Gewissen sagen: ihr Inhalt vermag an dem Gesamtbild, das durch die amtlichen deutschen Außenpublikationen und durch die seitdem amtlich veröffentlichten ausländischen Dokumente bekannt geworden ist, nichts Wesentliches oder Entscheidendes zu ändern. Dieses Bild ist aber so überlegen, daß die Feindseligkeit der vorliegenden oder auch nur überliegenden Schuld Deutschlands vor keinem gerechten Urteil mehr verhehlen kann.

Es bleibt auch vergebliche Liebeshilfe, die Kitzlungen des Schoenischen Berichts als nebensächlich oder gar als belanglos hinstellen zu wollen. Die megalomanen Stellen waren und sind von so wesentlicher Bedeutung, daß in der Eisenerischen Veröffentlichung zum mindesten ein Hinweis auf ihren Inhalt gebracht werden mußte, wenn man die schon auf sich gebotene wertvolle Wiedergabe nicht unterließ. Da auch ein solcher Hinweis unterbleiben ist, Zweck und Inhalt des Berichtes verhängnisvoll entstellend worden. Die Entente-Kommission, die in Versailles über die deutschen verhängnisvollen Schuldpflichten historisch begründet und rechtfertigt, hätte den Schoenischen Bericht, wenn er wirklich vorgelegen hätte, nicht in der Weise für ihr größtes Machtwort ausbeuten können, wie sie es tat.

Ueber die Vorgehensweise und den Zweck der Veröffentlichung des Gesandtschaftsberichts des Herrn v. Spon durch den Ministerpräsidenten Karl Eisner gibt ein Schreiben des damaligen Gesandten der bayerischen Revolutionsregierung in Berlin Dr. Müller an den Ministerpräsidenten Eisner vom 18. Dezember 1919 Aufschluß. Danach hatte Müller am 18. November ebenfalls eine längere Unterredung mit Maximilian Harden. Er bestand sich „in einer bezweifelten Stimmung“ und gewann erst durch Müller wieder einen „Vielblick“. Beide stimmten darin überein, daß die herrschenden Berliner Regierungsmänner „unfähig seien, die großen Aufgaben zu lösen, die in diesem Augenblick die Regierungsmänner fast alle“.

Harden bekräftigt, so schreibt Müller, „mein Urteil: Es handelt sich um Klein- und Spießbürger, oder doch um Menschen ohne Leidenschaft und Schwung, denen die Revolution kein heiliges Erbe ist, das es zu mehren gilt, sondern als irgendwelchen politischen Programmen, den man hin- und hernimmt, wie einen Punkt in der Lagerordnung einer Partamentstagsung. Während in Bayern ein Dampf zum hohen die Wästen belebt und ein jederlicher Ernst das gewaltige Ereignis wühlt, herrscht in Berlin Verdoertheit, eine bange Schwermut. Man hat den Eindruck, als ob das Ideal des Sozialismus die Regierungsmänner fast alle“.

Es hat mag ein aufdringlicher, pflichterfüllter Mensch sein: jeder weite Blick, jede Selbstständigkeit in der Beurteilung der Lage, der politische Instinkt, der das erste Werden wittert, geht ihm ab. Er zerbricht, den ich gefahren sprach, hat man richtig als den fälschlichen Scheidemann bezeichnet. Auch ich habe den Eindruck gewonnen, daß er bei allem Ehrlich seiner Aufgaben nicht von ferne gewandert ist. Er ist ein Kleinbürger ohne tiefere Bildung, ein Emporkömmling, dessen wichtigste Sorge war, zu fragen, ob ich mich mit Exzellenz anreden laßt.“

Dabei war nach Meinung Sardens und Müllers „die Reaktion in Anzuge“ und auf der anderen Seite „die Gefahr“, daß die Revolution „auf halbem Wege“ stehen könnte. Wenn die Revolution die Diktatur des Proletariats freisetzt und den Terror heilig spricht, so tritt eine solche Agitation ungewisse Gefahren. Sollte es die Revolution gelingen, mit seinem Geist größere Arbeitermassen zu empfangen — denn mit dieser Möglichkeit muß

gerechnet werden —, so ist nicht nur ein Friedensschluß zu denken, sondern es muß selbst damit gerechnet werden, daß die Entente mit eherner Hand Ordnung schafft.“ In diese überaus wichtige Lage könnte, nach Anfügung der beiden, das Volk nur noch aus Süddeutschland kommend, die polnischen Soldaten einen festen Mittelpunkt in dem Wirbel, der uns hier umdringt, und sie verfügen über die Mittel, die eine Klärung und Befestigung herbeiführen können.

„Um die sinkende Flamme des revolutionären Ganges zu beleben, müssen wir verlangen (das ist auch Sardens Meinung):

a) Sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, Verhaftung der Schuldigen, Entschädigung eines Staatsgerichtshofes; damit würde man Liebesdienst zu einem guten Teil das Wasser abtragen.

b) Es soll versucht werden, die Regierung so zu überzeugen, (das Reich) muß geübt werden, überzeugen, starken, hochgebildeten Männern sich zusammenzulegen, die auch vor den Augen der Feinde bestehen können, und es ist sehr zu erwägen, ob nicht Liebesdienst aufzunehmen wäre, um ihn, der gefährlich ist wie ein Sprengstoff, zu verjagen.“

Die Veröffentlichung Eisners wurde übrigens offenbar ganz befriedigend herausgefunden durch Rathskammer, die von dem bekannten Amerikaner Herrn einleiten, der sich, wie erinnerlich, für hindeutend attestiert bei Wilson ausgab, um zugunsten des Friedens für Deutschland bei ihm wirken zu können, und von dem bayerischen Vertreter in der Schweiz Professor Foerster. Herr v. Hertling unter dem 14. November 1918 aus Genf an Eisner und den bayerischen Finanzminister Professor Seiff, der die Waffentilgung nicht „nur als eine militärische Maßnahme anzusehen und habe mit der politischen Sachlage oder der Friedenskonferenz nichts gemein“. Er habe vielmehr den Zweck, die militärischen Kräfte in Deutschland zu unterbinden und den Weg für das Münchener revolutionäre Programm zu breiten.

Außerdem besteht auf Seiten der Entente die Pflicht, ihr Volk in ökonomisches Elend zu bringen, indem sie, wenn es Gelegenheit ist, so schnell wie möglich ökonomische Hilfe zu bringen.“

Foerster ließ Eisner drastisch wissen: „Ansichten für Witterung der Waffentilgungsbedingungen verbessern sich unweigerlich auf englischer Seite, doch wird sich die Witterung mehr in letzterem Bezug als im bisherigen öffentlichen Jurandehmen einzelner Punkte vollziehen. Die Waffentilgung ist der Realisation der Volksernährung unerlässlich damit rechnen, daß die auf der Entente-Seite noch vorhandenen Widerstände nur vorübergehend sind und auf einer abmildernden Haltung in Bezug auf die Konsolidierung des neuen Deutschlands beruhen.“

In einer weiteren Drahtnachricht Herrons vom 17. November heißt es: „Ich habe mein Möglichstes getan, um die Konsolidierung der Entente zu überzeugen, daß Ihre (Eisners) Regierung vertrauenswürdig ist.“ Vor allem rate ich bringen, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, anzuweisen.

Die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung zu den Entente-Staaten, die die Waffentilgung unter Graualen der Kriegsführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend.“

Wir Recht heißt Dr. Dirx dann dar, wie gemaltig sich Karl Eisner und die Seinen „über die moralische Wirkung einer solchen Handlung“ geäußert haben. „Der Zweck des Berichtes ist nicht die Schuld der deutschen Regierung einer Neuwertung des Generalstabes v. Moltke, die Graf Ledebur am 31. Juli 1914 bekräftigt hatte. Moltke hätte schon Monate früher unter Hinweis auf die nach seiner Meinung vorhandene Überlegenheit der deutschen Artillerie und des deutschen Infanteriegewehrs davon gesprochen, daß der Zeitpunkt militärisch so günstig sei, wie er in absehbarer Zeit nicht wieder bekommen könne.“

Diese Meinerung erschien im Lichte einer von Ledebur unter dem 5. August berichteten anderen Aeußerung Moltkes tatsächlich wesentlich anders. Danach hat sich Moltke damals folgendermaßen ausgesprochen:

„Er wisse auf das Bestimmteste, daß zwischen Ausland, Frankreich und England ein Angriffskrieg gegen Deutschland für das Jahr 1917 beabsichtigt sei. Man könne es als ein Glück betrachten, daß durch den Nord von Serajewo die von den drei Mächten geleugerte Niederlage schon zu einem Zeitpunkt aufgelöst sei, in dem die Niederlage nicht zu einem Zeitpunkt aufgelöst sei, in dem die Niederlage aufgelöst sei.“

Aus diesen Worten, sagt Dr. Dirx zum Schluß, wird auch die fälschliche Beurteilung nicht die Schuldfrage stehen lassen, daß Deutschland über der deutsche Generalstab aus Schwermut in einem friedensfähigen Krieg um Landgebiet“ auf einen Anzugskrieg hingearbeitet hat.

## Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen.

Nach einer Mitteilung des Kom. Fort Herald aus Washington soll das Staatsdepartement dem amerikanischen Gesandtschaftsträger in Berlin außerordentliche Vollmacht bezüglich des Friedensvertrages übermittelt haben, die ausweisen, um die Angelegenheit endgültig in Ordnung zu bringen. Der Herr Herald übermittelte Vertrag behält den Vereinigten Staaten alle Rechte als freigestellte Nation vor, ohne sie in rein europäischen Angelegenheiten, wie Zählung von Wägen, zu engagieren. Nach New York Herald ist die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Ratifizierung im Senat gesichert.

